

ZUR SACHE

Christliche Lektion

Der Medientheoretiker Peter Weibel, 56, blickt mit Verachtung auf die Berliner Stadtplanung und auf das Vorhaben, ein Schloss in Mitte zu bauen. Weibel leitet das renommierte Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe, das sich der Vermittlung von Produktion und Wirkung der neuen Medien widmet.



Man muss sich entscheiden, welche geschichtliche Erfahrung man bewahren will und welche nicht, sagt der Medientheoretiker Peter Weibel.

Foto: ZKM

SZ: Was bedeutet der Wunsch, in Berlin ein Schloss zu bauen?

Weibel: Da stehen sich zwei Auffassungen gegenüber. Die heutigen Medien verfolgen den Hauptzweck der Entortung. Zentrum und Peripherie sind gleichwertig geworden. In Berlin sind aber starke andere Tendenzen festzustellen. Hier erleben wir derzeit enorm die Rückkehr zur Repräsentationskultur, zur vertikalen Struktur, die im Schloss-Wiederaufbau gipfelt.

SZ: Was beklagen Sie daran?

Weibel: Es fehlt Mut, aber noch viel schlimmer: Es fehlt Kompetenz. Schon beim Potsdamer Platz hat man eine bedeutende Chance vertan. Die urbane Zukunft findet normalerweise an der Peripherie statt. Der Kern der Stadt ist historisch besetzt. Durch die Katastrophe der Mauer erhielt Berlin die einzigartige Option, in der Mitte der Stadt die Zukunft zu bauen. Aber die Immobilienbranche siegte vor der Architektur, wie wir es vom Wasteland der Industriezonen, der Hölle der Vororte, gewohnt sind. Hier war man nicht nur mutlos und orientierungslos, sondern inhuman.

SZ: Inhuman?

Weibel: Sehen Sie, die einzigartige christliche Lektion ist folgende: Du hast mich zwar geschlagen, aber ich schlage nicht zurück. Ich vergesse, dass du mich geschlagen hast. Ich biete dir meine Wangen an, ich lösche ein Verhalten, wie man heute sagt. Denn wenn ich es nicht lösche, hätte ich immer das Prinzip „Zahn um Zahn“. Du schlägst mich, ich schlage dich. Es muss aber den Moment geben, wo ich verzeihe – sonst entwickelt sich Geschichte nicht. Wenn ich nun das Schloss baue, dann heißt das, man ist nicht bereit, geschichtliche Erfahrung zu lösen.

SZ: Sie plädieren für das Vergessen von Geschichte?

Weibel: Nein, sondern ich frage, welche geschichtliche Erfahrung soll erhalten bleiben und welche nicht? Man kann nicht sagen, ich mach das Holocaust-Denkmal, und gleichzeitg errichte ich ein Schloss. Dann errichte ich ja die Inschriften der Mächte, die zum Holocaust geführt haben. Damit wäre das Denkmal schon wieder aufgehoben.

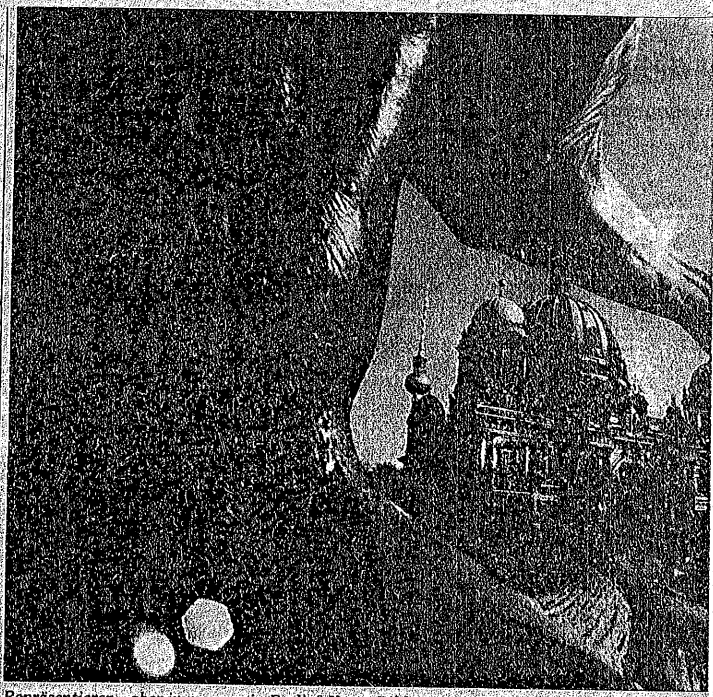
SZ: Sollte man sich in diesen großen Projekten am Volkswillen orientieren?

Weibel: Nein, die Politik hat die Demokratie degradiert zum Plebiszit. Und das ist Anti-Verfassung, das ist eine Verwechslung, das sind Formen aus dem Faschismus, das sehen Sie ja auch am Hitler, der zu jeder Frage sagt: Ich möchte eine Volksabstimmung haben, weil er dann die Ergebnisse beeinflussen kann.

SZ: Hannes Swoboda wird Vorsitzender der Expertenkommission „Historische Mitte“, die von der Bundesregierung berufen wird. Er hat in Wien das umstrittene Museumsquartier mit befohrt. Was erhoffen Sie von ihm?

Weibel: Der Swoboda könnte ein Glücksfall für Berlin sein, weil er durch die vielen Jahre seiner Stadtplanung eine große Kompetenz hat und durch das von Hassemer begonnene Werk angestiftet ist, sich ebenfalls neue kommunale Möglichkeiten zu schaffen, auf denen neue Architektur entstehen könnte. Architektur muss ja dem Bewusstsein der Stadtbewohner und dem der Politiker vorausgehen, es muss immer die Architektur ein Stück weiter sein, als die Stadt selber.

Die Fragen stellte Stefan Reithfeld.



Repräsentieren – aber immer nur in Berlin? Unser Bild zeigt die Museumsinsel mit dem Berline

Bastion der Box

Mehr Demokratie in der Kultur wagen: Warum die Repu

Von Klaus Staack

Als Kind gefiel mir das Märchen vom Sternfalter am besten. Jedenfalls hebt es sich wohltuend ab von all den anderen blutrünstigen Gruselgeschichten, mit denen man Kinder schon erschrecken kann. Einfach das Röcheln hochheben und die goldenen Taler hineinregnen lassen. Schade, dass auch die schönsten Märchen nur Märchen sind.

Willy Brandt hat die Idee als erster formuliert, als er 1973 in seiner Regierungserklärung eine Nationalstiftung für Kunst und Kultur vorschlug. Sein Vorschlag fand breite Zustimmung in der Kulturszene. Als gleich darauf der Widerstand der Länder und vieler konservativer Politiker einsetzte, wurde sogar eine „Notgemeinschaft Deutsche Nationalstiftung“ gegründet, zu der sich neben Günter Grass, Künstler wie Peter Palitzsch, Wolfgang Fortner, Otto Herbert Hajeck und andere zusammenschlossen.

Brandt und die Leuchttürme

Der Bund hatte bescheidene 25 Millionen Mark für das Projekt bereitgestellt, aber die Zeit war noch nicht reif. Auf Länderebene fehlte jede Bereitschaft, die Institutionalisierung der Bundeskulturförderung auch nur zu diskutieren, geschweige denn zu akzeptieren. So blieb es dabei, dass auch weiterhin mit erheblichen Mitteln das Bundes die Stiftung Preussischer Kulturbesitz und einige „Leuchttürme“, aber daneben nur mit vergleichsweise geringerem Aufwand kulturpolitische Projekte von „gesamtsstaatlicher“ Bedeutung – erst vom Innenminister, nun vom „Bundesbeauftragten für die Kultur und die Medien“ gefordert werden. Bereitgestellte Mittel für Willy Brandts Projekt würden zu einer Hälfte in London für den Rückwerb wichtiger Museumsstücke eingesetzt, zur anderen flossen sie in die Fonds für Kunst, Literatur und Musik, die bis heute einen Teil der bundespolitischen Künstlerförderung übernehmen.

In 16 Jahren Kohl-Regierung geschah nichts mehr auf Bundesebene. Dennoch verschwand das Thema nicht von der Tagesordnung. Mit der Gründung der „Kulturstiftung der Länder“ im Jahre 1988 wurde nur ein Burgfrieden zwischen Bund und Ländern geschlossen. Die Länder zahlen Beiträge ein, die sie untereinander zum Ankauf wichtiger Werke für ihre Museen umverteilen. Der Bund lässt die Stiftung einige seiner weniger bedeutenden Förderungen zum Teil von Aktivität der Kulturorganisationen finanziell abwickeln, verteidigt aber zäh seine Mitspracherechte. Das veranlasste den

ersten Generalsekretär, sich als „siebte Haut einer Zwiebel“ zu verstehen, denn im Bereich der Gegenwartsförderungen waren ihm, wie heute seiner Nachfolgerin, weitgehend die Hände gebunden. Im Osten der Republik fristet die „Stiftung Kulturfonds“ ihr Dasein, die die Mittel und einige Aufgaben der ostdeutschen Länder ohne Sachsen verwaltet.

Dieser Status ist unbefriedigend. Wie angeschlagene Boxer können sich weder die Länder noch der Bund aus ihrer Verklammerung lösen und die Aufgabe, einer auf Gesamtinteressen der Republik gerichteten Kulturförderung erfüllen. Der Versuch des bald abtretenden Staatsministers Naumann, in Berlin zumindest einige Bastionen des Bundes sozusagen auf eigenem Territorium zu errichten, diente eher dem Repräsentationsinteresse der neu erstärkten Republik, die manche die Berliner nennen, als der Verbesserung der gesamtdeutschen kulturellen Infrastruktur, die bekanntlich auch Regionen außerhalb der Hauptstadt umfasst. In dieser festgefahrenen Situation kommt die Neuaufgabe der Diskussion

um die Errichtung für Kunst und die Republik neu, gewöhnlich und einen Bereich, die auf Kulturförderung. Hierbei kann gehen, die Bundeskultur mit seinem Büren der Kultureren. Hollen in Frage stehen. Es soll Beispiel anderen (British Council) national Endowment und ein Instr der Lage ist, u Prioritäten dgen, Schweip dort zu setzen denen, gesamt rasse liegen st



„Reinsee“-Inszenierung an der Staatsoper Unter den Künften der Bundeskultur?

Advertisement for 'Wie fühlen Sie sich...' featuring a stylized logo and text: 'Bett-Komplett-Akt Ball, 160 x 200 cm, mit Kopfauflage und drei Zierkissen'.